

GZ.: BMI-KA1000/0288-III/5/2016

Wien, am 01. Juli 2016

An

Dr. Michael Willam

EthikCenter

Katholische Kirche Vorarlberg

Bahnhofstraße 13

6800 Feldkirch

Per E-Mail: michael.willam@kath-kirche-vorarlberg.at

Mag. Caroline Jennewein
BMI - III/5 (Abteilung III/5)
Minoritenplatz 9 , 1010 Wien
Tel.: +43 1 53126 2780
Pers. E-Mail: caroline.jennewein@bmi.gv.at
Org.-E-Mail: BMI-III-5@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051
Antwortschreiben bitte unter Anführung der GZ an
die Org.-E-Mail-Adresse.

Betreff: Ihr Schreiben vom 16. Juni 2016 betreffend „Offener Ökumenischer Brief an die Bundesregierung und die Landeshauptleutekonferenz zur Flüchtlingsthematik“

Sehr geschätzter Herr Dr. Michael Willam!

Bezug nehmend auf das von Ihnen an den Herrn Bundesminister für Inneres gerichtete Schreiben, darf eingangs die Gelegenheit genutzt werden, die Arbeit der christlichen Kirchen und Einrichtungen in Vorarlberg zu würdigen und für deren Überlegungen zur Flüchtlingsthematik danken.

Europa und damit auch Österreich war im letzten Jahr und den letzten Monaten mit einer noch nie dagewesenen Ausnahmesituation konfrontiert. Im Laufe des Jahres 2015 wurden kontinuierlich neue Rekordwerte an asylsuchenden Menschen in Österreich registriert und wurden alleine im vergangenen Jahr mit 88.340 Asylanträgen drei Mal mehr Anträge in Österreich gestellt, als in den Jahren zuvor. Diese historische Ausnahmesituation hat dazu geführt, dass derzeit bereits über 86.000 Menschen in Österreich betreut und versorgt werden.

Betreffend Ihre Forderung eine an der Menschenwürde und den Menschenrechten orientierten Asyl- und Einwanderungspolitik zu verfolgen, ist anzumerken, dass sich die Republik Österreich durch die Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet hat, verfolgten Menschen Schutz zu gewähren. Seit dem Jahr 1945 sind insgesamt mehr als zwei Millionen Flüchtlinge nach Österreich gekommen, wovon auch über 700.000 Menschen

geblieben sind. Dabei hat sich Österreich entsprechend seiner internationalen Verpflichtungen und humanitären Tradition stets aufnahmebereit und unterstützungswillig verhalten.

Hinsichtlich Ihrer Forderung, Kapazitäten zu nutzen, um schutzsuchende Menschen aufzunehmen, hat Österreich im EU Vergleich bereits einen überproportionalen Beitrag geleistet und fühlt sich auch weiterhin verpflichtet, besonders schutzbedürftige Personen aufzunehmen. Es darf zudem auf das Engagement Österreichs im Rahmen der Humanitären Aktion Syrien hingewiesen werden. Trotz aller Herausforderungen leistet Österreich auch mit seiner Humanitären Aktion für 1.500 syrische Flüchtlinge einen zusätzlichen Beitrag in fordernden Zeiten, wodurch besonders schutzbedürftige Personen direkt aus der Krisenregion in Österreich aufgenommen werden und nicht auf Schlepperunterstützung angewiesen sind.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass Österreich als kleines Land die Flüchtlingskrise in der EU mit einigen wenigen anderen Mitgliedstaaten, wie Schweden und Deutschland nicht alleine bewältigen kann. Österreich ist bereits jetzt gemessen an der Pro Kopf Quote jener Mitgliedstaaten in der EU, der nach Deutschland am meisten Asylwerber aufgenommen hat. Zudem hat Österreich 2015 mehr Asylanträge zu bearbeiten gehabt als 17 andere EU Mitgliedstaaten zusammen.

Die schwierige Situation der Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen, die sich durch die derzeitige weltpolitische Lage weiter verschärft, gibt Anlass zur Besorgnis und stellt eine enorme Herausforderung für die Migrations- und Asylpolitik der EU dar. Dies erfordert nicht nur nationale, sondern insbesondere auch europäische Lösungen. Das Bundesministerium für Inneres bringt sich daher kontinuierlich aktiv in die Diskussionen zur Lösung der gesamteuropäischen Herausforderung ein. Es ist daher wichtig, dass es eine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb Europas gibt. Österreich bemüht sich seit langem um ein solidarisches und europäisches Vorgehen und damit auch um eine faire Verteilung der Asylwerber in der EU.

Österreich wird alle Maßnahmen und Schritte unternehmen bzw. unterstützen, die dazu führen ein geordnetes und ausgewogenes Asyl- und Migrationssystem innerhalb der Europäischen Union sicherzustellen und kann abschließend versichert werden, dass das Bundesministerium für Inneres unter Wahrung der internationalen rechtlichen Verpflichtungen stets bemüht ist, auf eine geregelte Einwanderungs- und Asylpolitik im Sinne der Betroffenen sowie Österreicherinnen und Österreicher hinzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

MinRat Hilbert Karl

elektronisch gefertigt